

BZ-Gastbeitrag

## Nur Lippenbekenntnisse bei der UN



Von BZ-Redaktion

Sa, 26. August 2023

Kommentare

**BZ-Plus | 2015 wurde die Agenda 2030 beschlossen, Armutsbekämpfung ist ein Ziel. Klaus Leisinger kritisiert, dass nach der Hälfte der Zeit fast nichts davon erreicht wurde.**

Wenn eine Fußballmannschaft zur Halbzeit mit drei oder vier Toren zurückliegt, kann man nur noch auf ein Wunder hoffen. In zwei Wochen ist Halbzeit für das Erreichen der von der internationalen Gemeinschaft verabschiedeten Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Im September 2015 wurde beschlossen, bis zum Jahr 2030 Armut in all ihren Formen zu beenden; Hunger weltweit zu bekämpfen; medizinische Versorgung und Gesundheit zu verbessern; hochwertige Bildung für alle zu sichern; Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen; sauberes Trinkwasser und minimale sanitäre Einrichtungen zu sichern, ebenfalls bezahlbare und saubere Energie; menschenwürdige Arbeit und (grünes) Wirtschaftswachstum zu erreichen; Infrastruktur, Industrie und Innovation zu fördern; Einkommens- und Chancenungleichheiten abzubauen; Städte nachhaltig zu machen, ebenso Konsum und Produktion; den Klimawandel zu verlangsamen; die Weltmeere zu schützen, ebenso die Wälder und natürlichen Ressourcen (Artenvielfalt); Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen sollen ebenso gefördert werden wie globale Partnerschaften zur Erreichung der 17 Ziele. Hinzu kamen das Pariser Klimaabkommen (2015), das Kunming-Montreal-Biodiversitäts-Rahmenabkommen (2022) sowie das globale Abkommen über den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Meere (2023).

Die Experten und politischen Mandatsträger dieser Welt wissen also genau, worum es geht. Sie haben sich verpflichtet, nicht nur in der eigenen Einflussphäre zu tun, was getan werden muss, sondern dabei auch "niemanden zurückzulassen": Arme Länder, in denen der politische Wille besteht, die Ziele zu erreichen, die eigenen Mittel aber nicht ausreichen, sollen unterstützt werden. Das in der Woche vom 17. bis 24. September zu diskutierende Halbzeitergebnis ist deprimierend: Die 193 UNO-Mitgliedsländer haben zwar alle obigen Ziele vereinbart, aber kein einziges Land der Welt ist bei allen Zielen dort, wo man sein sollte.

Die große Mehrheit der Länder hat die Ziele weder in ihre langfristige Investitionsplanung integriert noch die erforderlichen finanziellen Ressourcen dafür zur Verfügung gestellt – auch Deutschland nicht. Weltweit unterminieren gesellschaftliche Polarisierung, wachsende geopolitische Konflikte und Spannungen eine effektive internationale Kooperation. Als wäre das nicht schlimm genug, absorbiert der russische Überfall auf die Ukraine mehr finanzielle, technische und andere Ressourcen als für die Erfüllung der Agenda 2023 notwendig wären.

Für den bewaffneten Kampf gegen Menschen ist Geld da, für den Kampf gegen Armut, Krankheit und Klimawandel nicht.

Am 18. und 19. September steht in der UN-Generalversammlung in New York die Bilanzierung der Bemühungen an. Dabei wird man einmal mehr die Bedeutung der Ziele und die Notwendigkeit ihrer Erreichung beschwören. Man wird auf die ethische Dimension hinweisen, weil es nicht nur um die Lebensqualität der heute lebenden Menschen geht, sondern auch um die zukünftigen Generationen. Man wird darauf hinweisen, dass das Recht auf Entwicklung ein Menschenrecht ist.

Wie alle Jahre wieder seit 2015 werden die Sitzungsteilnehmer in der dritten Septemberwoche in hehren Worten diejenigen Erfolge, die sie zuhause erzielt haben, ins internationale Schaufenster stellen, eigene Misserfolge verschweigen und andere zu mehr Anstrengungen aufrufen. Im Kleingedruckten wird man darauf hinweisen, dass mehr Geld zurzeit leider nicht drin ist.

Wer lesen kann, der weiß, was die Nichterfüllung der Ziele bedeutet: Beschleunigter Klimawandel, vermehrte Verteilungskämpfe um knappe Ressourcen und vermehrte Armutsmigration. Wer rechnen kann, wird herausfinden, dass die Verschiebung konsequenten Handelns in die Zukunft letztlich nicht nur mehr Geld kostet, sondern auch mehr menschliches Leid bedeutet. Die Kurzfristigkeit politischen Denkens ist nur wahltaktisch erklärbar – gemeinwohl- und zukunftsverträglich ist sie nicht.

Und jetzt? Warten, dass weltweit die politisch Mächtigen nicht nur theoretische Einsicht gewinnen, sondern auch konsequent nach bestem Wissen und Gewissen handeln? Besser man macht sich jene afrikanische Weisheit zu eigen, wonach sich die Welt dann verändert, wenn viele kleine Menschen an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge (anders!) tun. Keiner von uns muss warten, bis die Politik das vorschreibt, was offensichtlich ist.